

Teil C, 101 Allgemeine Bedingungen für Bauarbeiten des Luzerner Kantonsspitals Rechtsträger LUKS Spitalbetriebe AG & LUKS Immobilien AG

Ergänzungen und Änderungen zu den "Allgemeinen Bedingungen für Bauarbeiten" der SIA-Norm 118/2013

Legende: (E) = Ergänzung / (A) = Änderung

0 GELTUNGSBEREICH

0.1 (E) Grundlagen für Angebot und Werkvertrag sowie für Auftragsbestätigung

- Die vorliegenden Allgemeinen Bedingungen gelten für Werkverträge und Auftragsbestätigungen über Bauarbeiten, welche vom Unternehmer für die Auftraggeberin erbracht werden. Diese richten sich grundsätzlich nach den Regeln der SIA-Norm 118, vorbehaltlich den nachfolgenden Ergänzungen und Änderungen.
- Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB, SRL Nr. 733b). Einführungsgesetz zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (EGIVöB, SRL Nr. 733c) des Kantons Luzern und Verordnung zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (VIVöB, SRL Nr. 734) des Kantons Luzern. Im Internet einzusehen unter <https://beschaffungswesen.lu.ch> oder schriftlich zu bestellen bei: Staatskanzlei Luzern, Publikationen, Bahnhofstrasse 15, 6002 Luzern.
- SIA-Norm 118 (Ausgabe 2013 bzw. die in Kraft stehende).

0.2 (E) Abgrenzung zur SIA-Norm 118 / Geltungsbereich / Arbeits- und Betriebsvorschriften

Die vorliegenden Allgemeinen Bedingungen des Luzerner Kantonsspitals enthalten Ergänzungen und Änderungen zur SIA-Norm 118/2013. Die in diesen Bedingungen des Luzerner Kantonsspitals aufgeführten Regeln sind integrierende Vertragsbestandteile und gehen den Regeln der SIA-Norm 118 vor. Die Regeln sind von allen am Luzerner Kantonsspital (LUKS) tätigen Firmen einzuhalten, welche in Gebäuden, auf dem Areal des LUKS und bei Mietobjekten Arbeiten ausführen.

0.3 (E) zu Art. 3 Abs. 1 SIA 118/2013 – Arten des Abschlusses

Der Abschluss des Werkvertrages bedarf der schriftlichen Form

1 WERKVERTRAG

1.1 Ausschreibung

1.1.1 (E) zu Art. 7 SIA 118/2013 - Ausschreibungsunterlagen - Bestandteile und Rangordnung

Allgemeine Geschäftsbedingungen des Unternehmers sind grundsätzlich wegzulassen, ausser bei programmierbaren Systemen und softwarebasierten Steuerungen nur nach Absprache mit LUKS.

1.2 Angebot des Unternehmers

1.2.1 (E) Teilangebote und Varianten

Teilangebote sind nicht zulässig. Unternehmervarianten sind zulässig, müssen als solche gekennzeichnet und bei der Offertöffnung eindeutig ersichtlich sein.

1.2.2 (E) Losaufteilung

Die Auftraggeberin behält sich grundsätzlich vor, den Auftrag in Lose aufzuteilen und an verschiedene Anbieter zu vergeben.

1.2.3 (E) Zustelldomizil des Anbieters

Für die Zustellung von Ausschreibungsunterlagen und der mit der Ausschreibung verbundenen Schreiben und Entscheide wird ein Zustelldomizil in der Schweiz verlangt.

1.2.4 (E) zu Art. 17 SIA 118/2013 - Angebot des Unternehmers - Dauer der Bindung

Die Verbindlichkeitsdauer des Angebots beträgt 6 Monate.

1.2.5(A) zu Art. 19 Abs. 4 SIA 118/2013 – Annahme durch die Auftraggeberin

Der Absatz 4 «Die Rangordnung der Vertragsbestandteile richtet sich nach Art. 21» wird nicht übernommen.

1.2.6 (A) zu Art. 21 Rangordnung der Vertragsbestandteile Widersprechen sich einzelne Vertragsbestandteile, so gilt folgende Rangordnung:

1. Text dieser Vertragsurkunde, mit den speziellen objektbezogenen Bedingungen und den Ergänzungen und Änderungen zu den "Allgemeinen Bedingungen für Bauarbeiten" der SIA-Norm 118/2013
2. Leistungsverzeichnis und bereinigtes Angebot *
3. Pläne und allfällige Muster und Modelle *
4. SIA-Norm 118(2013)
5. Die übrigen, einschlägigen Normen der SIA
6. Bestimmungen des schweiz. Obligationenrechts (OR)
7. Die Normen anderer Fachverbände
8. Ausserordentliche vereinbarte Allgemeine Geschäftsbedingungen des Unternehmers

* Vorbehalt bleibt das Änderungsrecht der Auftraggeberin mittels Weisungen und Änderungen von Plänen (Art. 84)

* Bei Pauschalverträgen gehen die Pläne dem Leistungsverzeichnis vor.

Besteht ein Vertragsbestandteil aus mehreren Dokumenten, geht bei Widersprüchen das zeitlich jüngere Dokument dem älteren vor.

Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrags lückenhaft, rechtlich unwirksam oder aus anderen Gründen undurchführbar sein, so wird die Gültigkeit des Vertrages im Übrigen davon nicht berührt. Die Parteien werden in einem solchen Fall eine Vereinbarung treffen, welche die betreffenden Bestimmungen durch eine wirksame, wirtschaftlich möglichst gleichwertige Bestimmung ersetzt.

1.3 Pflichten der Vertragspartner

1.3.1 (E) Weisungsbefugnisse

Es ist den vom Unternehmer auf der Baustelle Beschäftigten ausdrücklich untersagt, irgendwelche Anweisungen von Drittpersonen entgegenzunehmen. Die Zuständigkeit für die Erteilung von Anweisungen obliegt ausnahmslos der zuständigen Bauleitung / resp. der zuständigen Projektleitung der Auftraggeberin.

1.3.2 (E) Qualitätssicherung

Der Unternehmer hat gegenüber der Auftraggeberin für die Integrität und den guten Leumund des für ihn am Bau beschäftigten Personals mit Einschluss der Subunternehmer einzustehen. Er hat während der ganzen Dauer der Arbeiten einen verantwortlichen, fachkompetenten Vorarbeiter auf der Baustelle zu belassen, welchem die Bauleitung jederzeit bindend Weisungen erteilen kann.

1.3.3 (E) Integritätsklausel

Der Unternehmer verpflichtet sich, alle erforderlichen Massnahmen zur Vermeidung von Korruption zu ergreifen, so dass insbesondere keine Zuwendungen oder andere Vorteile angeboten oder angenommen werden. Bei Missachtung der Integritätsklausel hat der Unternehmer der Auftraggeberin eine Konventionalstrafe zu bezahlen. Diese beträgt 10 % der Vertragssumme, mindestens aber CHF 3'000.- je Verstoss.

1.3.4 (E) Arbeitsschutzbestimmungen, Arbeitsbedingungen und Gleichbehandlung

Der Unternehmer verpflichtet sich, für Leistungen in der Schweiz die am Ort der Leistung geltenden Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die ensenderechtlichen Bestimmungen einzuhalten.

Er erklärt, gesetzliche Sozialabgaben und Versicherungsbeiträge sowie die übrigen Beiträge gemäss allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträgen und/oder Rahmenarbeitsverträgen geleistet zu haben und für die Dauer des Vertrages weiter zu leisten. Des Weiteren verpflichtet sich der Unternehmer, für Leistungen in der Schweiz die Gleichbehandlung von Frau und Mann in Bezug auf die Lohngleichheit einzuhalten. Zieht der Unternehmer zur Vertragserfüllung Dritte bei, hat er diese schriftlich zu verpflichten, die vorgenannten Grundsätze

ebenfalls einzuhalten und sie allfälligen weiteren Subunternehmern ebenfalls zu überbinden. Er beachtet beim Beizug Dritter seine Sorgfaltspflicht, welche ihm durch Art. 5 des Entsendegesetzes (EntsG, SR 823.20) sowie Art. 8b und 8c der Entsendeverordnung (EntsV, SR 823.201) auferlegt werden.

Bei Verletzung der Pflichten gemäss dieser Ziffer 1.3.4 schuldet der Unternehmer der Auftraggeberin eine Konventionalstrafe in der Höhe des fünffachen Betrages der vom zuständigen Organ ausgesprochenen, rechtskräftigen Busse, höchstens jedoch CHF 50'000.- je Fall.

1.3.5 (A) zu Art. 25 Abs. 1 SIA 118/2013 - Anzeige- und Abmahnungspflicht des Unternehmers

Der letzte Satzteil: «es sei denn, die Bauleitung habe von den betreffenden Verhältnissen auch ohne Anzeige nachweisbar Kenntnis gehabt» wird gestrichen.

1.3.6 (A) zu Art. 25 Abs. 3 (Satz 2) SIA 118/2013 -Anzeige- und Abmahnungspflicht des Unternehmers

Doch zeigt der Unternehmer Unstimmigkeiten oder andere Mängel, die er bei der Ausführung seiner Arbeit erkennt oder nach den Umständen feststellen muss, unverzüglich gemäss Abs. 1 und 2 an und macht die Bauleitung auf nachteilige Folgen aufmerksam (Abmahnung).

1.3.7 (E) zu Art. 26 SIA 118/2013 - Versicherungspflicht des Unternehmers

Der Unternehmer hat eine Haftpflichtversicherung abzuschliessen. Bei Arbeitsgemeinschaften muss die Haftpflichtversicherung auf den Namen der Arbeitsgemeinschaft abgeschlossen sein.

Für die auszuführenden Arbeiten, Lieferungen und Dienstleistungen hat die Auftraggeberin Bauversicherungen abgeschlossen. Der Unternehmer wird pro Rechnung mit 0,3% der Summe vom totalen kumulierten Leistungsstand an der Prämie beteiligt. Dieser Abzug entfällt bei reinen Lieferungen, den Baunebenkosten BKP 5 und die Ausstattungen BKP 9. Details zu Art und Umfang der Versicherung können bei der Bauherrschaft angefordert werden.

1.3.8 (E) zu Art. 27 SIA 118/2013 - Ergänzungen und Abänderungen des Werkvertrages

Streichungen und Änderungen in den Bestimmungen und im Leistungsverzeichnis dürfen keine vorgenommen werden. Ergänzungen und Abänderungen des Vertrages und dessen Vertragsbestandteile sind nur gültig, wenn sie als Zusätze zum Werkvertrag ausgefertigt und gegenseitig unterzeichnet sind.

1.3.9 (E) zu Art. 29 Abs. 1 SIA 118/2013 - Subunternehmer

Bei Zahlungsschwierigkeiten des Unternehmers, bei schwerwiegenden Differenzen zwischen Unternehmer und Subunternehmer oder Lieferanten oder bei Vorliegen anderer wichtiger Gründe kann die Auftraggeberin nach vorheriger Anhörung der Beteiligten den Subunternehmer/Lieferanten direkt bezahlen oder den Betrag auf Kosten des Unternehmers/Lieferanten hinterlegen. Beides mit befreiender Wirkung gegenüber dem Unternehmer. In jedem Fall gibt die Auftraggeberin dem Unternehmer davon schriftlich Kenntnis.

1.3.10 (E) zu Art. 29 Abs. 3 SIA 118/2013 - Subunternehmer

Der Unternehmer darf nur mit schriftlicher Bewilligung der Auftraggeberin Subunternehmer beiziehen oder wechseln. Will er einen Subunternehmer beiziehen, so hat er der Bauleitung rechtzeitig schriftlich zu melden, wen er beiziehen will. Die Auftraggeberin ist berechtigt, die Arbeitsübertragung als solche oder an eine bestimmte Firma innert 10 Tagen abzulehnen. Bedingungen zu BKP 23:

Installationen an elektrischen Anlagen dürfen nur von Unternehmern ausgeführt werden, welche im Besitz einer Installationsbewilligung gemäss Art. 9 / 14 / 15 NIV sind. Der Hauptunternehmer hat der Projektleitung EGT LUKS die Installationsbewilligung allfälliger Subunternehmer vorzulegen. Solange dies nicht erfolgt ist, dürfen die Subunternehmer keineentsprechenden Arbeiten ausführen. Verstösst der Hauptunternehmer gegen diese Pflicht, berechtigt dies das LUKS zur fristlosen Kündigung des Werkvertrags.

1.3.11 (A) zu Art. 30 Abs. 5 SIA 118/2013 – Nebenunternehmer - im Allgemeinen

Erkennt der Unternehmer Mängel oder Verzögerungen bei der Arbeit eines Nebenunternehmers, welche Einfluss auf die vertragsgemässe Ausführung der eigenen Arbeit haben können

oder der Unternehmer hätte solche Mängel oder Verzögerungen bei pflichtgemässer Prüfung der fremden Arbeiten erkennen können, so macht er der Bauleitung rechtzeitig Anzeige. Andernfalls hat er die Folgen für seine Arbeiten selber zu tragen. Eine pflichtgemässe Prüfung beinhaltet insbesondere auch Kontrollmessungen und Qualitätsprüfungen der fremden Vorarbeiten. Für die Form der Anzeige gilt Art. 25 Abs. 2 SIA 118/2013.

1.3.12 (A) zu Art. 33ff SIA 118/2013 – Vertretung der Auftraggeberin durch die Bauleitung

Die Auftraggeberin kann gemäss Art. 33ff der SIA-Norm 118/2013 vertreten werden. Davon ausgenommen sind die nachstehenden rechtsgeschäftlichen Erklärungen, welche sich die Auftraggeberin gegenüber dem Unternehmer ausdrücklich vorbehält:

- Vertragsänderungen, die keine Beststellungsänderungen sind
- Beststellungsänderungen, die terminlicher, qualitativer sowie finanzieller Hinsicht wesentlich sind
- Einforderung und Inanspruchnahme von Sicherheitsleistungen und Konventionalstrafen
- Anerkennen der Rechnungen inklusive Schlussabrechnung (Änderung von Art. 154 Abs. 3 der SIA-Norm 118/2013)
- Erklärungen über das Vorliegen von Mängeln im Zusammenhang mit Abnahmen des vollendeten Werkes oder von in sich geschlossenen vollendeten Werken.

Die Ankerkennung der Ausmasse (vgl. Art. 142 Abs. 1 der SIA-Norm 118/2013) und die Unterzeichnung der Regierapporte (vgl. Art. 47 Abs. 2 der SIA-Norm 118/2013) durch die Bauleitung begründen eine natürliche Vermutung für deren Richtigkeit, stellen aber keine Schuldanererkennung der Auftraggeberin dar.

1.3.13 (A) zu Art. 37 Abs. 3 SIA 118/2013- Streitigkeiten und Gerichtsstand

Es ist ausschliesslich schweizerisches Recht anwendbar. Die Bestimmungen des Wiener Kaufrechts (Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf, abgeschlossen in Wien am 11.04.1980) werden wegbedungen. Die Parteien wählen für sämtliche Streitigkeiten, die sich aus dem vorliegenden Vertragsverhältnis ergeben können, Luzern als einzigen und ausschliesslichen Gerichtsstand.

2 VERGÜTUNGSREGELUNGEN

2 VERGÜTUNGSREGELUNGEN

2.1 Allgemeines

2.1.1 (A) zu Art. 38 SIA 118/2013

Die Mehrwertsteuer ist auf jeder Rechnung offen auszuweisen. Die Berechnung ist detailliert aufzulisten und nachvollziehbar darzustellen. Falls diese Kriterien nicht erfüllt sind, wird die Rechnung unkontrolliert zur Richtigstellung retourniert.

2.2 Regiearbeiten

2.2.1 (E) zu Art. 47 Abs. 1 SIA 118/2013 - Pflichten des Unternehmers - Rapportpflicht

Regiearbeiten dürfen nur mit vorgängiger, schriftlicher Bewilligung der zuständigen Bauleitung ausgeführt werden, auch wenn sie vertraglich vereinbart wurden. Vorbehalten bleibt Art. 45 Abs. 2 der Norm SIA 118. Die Rapporte über Regiearbeiten sind der Bauleitung spätestens innert Wochenfrist zur Prüfung vorzulegen. Bei Verletzung dieser Vorschrift verliert der Unternehmer den Entschädigungsanspruch.

2.2.2 (A) zu Art. 47 Abs. 2 SIA 118/2013 – Pflichten des Unternehmers - Rapportpflicht

Die Unterzeichnung der Regierapporte durch die Bauleitung begründet eine natürliche Vermutung für deren Richtigkeit, stellen aber keine Schuldanererkennung der Auftraggeberin dar.

2.2.3 (A) zu Art. 49-Abs. 4 SIA 118/2013 - Vergütung von Regiearbeiten – Ansätze im Allgemeinen

Wenn nichts anderes vereinbart, gilt eine allfällige Mehrwertsteuer als eingerechnet.

2.2.4 (E) zu Art. 54 SIA 118/2013 Vergütung Regiearbeiten - Preisnachlass

Ein der Auftraggeberin auf feste Preise (Art. 38 Abs. 1) gewährter Rabatt-/Skontoabzug gilt, soweit nichts anderes vereinbart, auch für Regiearbeiten.

2.3 Besondere Verhältnisse

2.3.1 (A) zu Art. 58 Abs. 2 SIA 118/2013 - Im Allgemeinen

Eine zusätzliche Vergütung ist nur bei Grobfahrlässigkeit oder absichtlicher Täuschung geschuldet.

2.3.2 (E) zu Art. 60 Abs. 2 SIA 118/2013 – Sonderfälle -ungünstige Witterungsverhältnisse

Sämtliche Entschädigungen für witterungsbedingte Ausfälle einzelner Arbeitsstunden, welche nicht durch die Arbeitslosenversicherung gedeckt sind, müssen in der Kalkulation berücksichtigt werden. Die Auftraggeberin übernimmt keine solchen Mehrkosten.

2.4 Kostengrundlagen

2.4.1 (E) zu Art. 62 SIA 118/2013 - Kostengrundlage, Inhalt und Bedeutung, zu Art. 63 SIA 118/2013 - Lohnkostensätze, zu Art. 64 Abs. 1 SIA 118/2013 - Mehr- oder Mindervergütung wegen veränderter Kostengrundlage - Grundsatz, zu Art. 66 Abs. 1 + 2 - SIA 118/2013 Elemente der Teuerungsabrechnung -Grundlagen für die Abrechnung

Die ursprüngliche Kostengrundlage gemäss Art. 62 Abs. 1 ist nicht von Bedeutung bei indexgebundenen Teuerungsabrechnungsverfahren. Bei diesen Verfahren ergibt sich die abrechnungsrelevante Veränderung aus dem Verlauf des entsprechenden Index. Das gewählte Teuerungsverrechnungsverfahren ist im Werkvertrag verbindlich festgelegt. Ausgangsbasis für alle Teuerungsrechnungen ist das Angebotsdatum (siehe Deckblatt). Die Teuerung wird erst ab dem 16. Monat ausgeglichen.

2.5 Mehr- oder Mindervergütung wegen veränderter Kostengrundlage (Teuerungsabrechnung) im Allgemeinen.

2.5.1 (A) zu Art. 65 SIA 118/2013 - Verfahren

Das gewählte Teuerungsrechnungsverfahren ist im Werkvertrag verbindlich festgelegt. Es besteht kein Anspruch auf teuerungsbedingte Mehrvergütung bei Veränderung der Rohstoffpreise.

Für die Teuerungsabrechnung werden nur folgende nachgenannte Teuerungsrechnungsverfahren anerkannt:

1. Produktionskosten-Index (PKI)

Massgebend für die Anwendung des PKI-Verfahrens ist die SIA-Ordnung Nr. 123/2013. Bei Vereinbarung des PKI-Verfahrens ist die SIA 123/2013 als Vertragsbestandteil mitvereinbart.

3. Gleitpreisformel GPF

Massgebend für die Anwendung der Gleitpreisformel (GPF) ist die SIA-Ordnung Nr. 122/2013. Bei Vereinbarung des GPF-Verfahrens ist die SIA 122/2013 als Vertragsbestandteil mitvereinbart. Die Aufschlüsselung der Kostenanteile und Angabe der Basiswerte sind im Angebot/ Werkvertrag festzuhalten.

4. Mengennachweisverfahren (MNV)

Massgebend für das Mengennachweisverfahren ist die SIA-Ordnung Nr. 124/2013. Bei Vereinbarung des MNV-Verfahrens ist die SIA 124/2013 als Vertragsbestandteil mitvereinbart. Die SIA 124/2013 wird wie folgt präzisiert:

Allfällige Lohn- und Materialkostenveränderungen zu Lasten oder zu Gunsten der Auftraggeberin werden ausschliesslich im Belegverfahren ermittelt. Dabei gelten:

- für Löhne die entsprechenden Änderungsansätze pro Stunde nach KBOB (Konferenz der Bauorgane des Bundes)
- für Material die Netto-Preisänderungen nach Originalbelegen, erhöht um 5% als Umtriebsentschädigung und für Kleinmaterialien
- für Transporte die Veränderungen nach ASTAG/ASB-Index
- für gesetzliche Abgaben die Weisungen der KBOB

2.6 Elemente der Teuerungsabrechnung

2.6.1 (A) zu Art. 68 SIA 118/2013 Teuerungsabrechnung bei Regiearbeiten - Grundsatz

Die Teuerungsabrechnung der Regiearbeiten erfolgt – basierend auf dem Regieansatz am letzten Tag der vereinbarten Preisbindefrist – mit derselben Methode wie für die Teuerungsabrechnung der Einheits- bzw. Globalpreise.

2.6.2 (A) zu Art. 83 Abs. 2 SIA 118/2013 - Bauhandwerk-pfandrecht

Sollte ein Subunternehmer gegenüber der Auftraggeberin frist- und formgerecht eine gesetzliche Bürgschaft geltend machen, ist die Auftraggeberin berechtigt, bei der nächsten fälligen Zahlung an den Unternehmer den vom Subunternehmer gegenüber der Auftraggeberin geltend gemachten Betrag zurückzuhalten. Hat der Unternehmer Subunternehmer beigezogen oder verwendet er Material, für welches Lieferanten Anspruch auf Errichtung eines Bauhandwerkpfandrechts haben, so können Zahlungen an den Unternehmer von einer Erklärung der Subunternehmer bzw. der Lieferanten abhängig gemacht werden, dass sie für ihre Ansprüche befriedigt sind.

3 BESTELLUNGSÄNDERUNGEN

3.3.1 (E) zu Art. 84 Abs. 1 SIA 118/2013 – Änderungsrecht der Auftraggeberin

Die Auftraggeberin behält sich vor, einzelne Arbeiten und Lieferungen nicht ausführen zu lassen. Es können daraus keine Forderungen gegenüber der Auftraggeberin geltend gemacht werden.

3.3.2 (A) zu Art. 86 SIA 118/2013 - Veränderte Menge

Die Einheitspreise bleiben bei veränderten Mengen unverändert. Art. 86 wird wegbedungen.

3.3.3 (E) zu Art. 87 Abs. 1 SIA 118/2013 Fehlen von Einheitspreisen - veränderte Ausführungsvoraussetzungen

Austausch- und Nachtragspositionen dürfen erst ausgeführt werden, wenn die entsprechende Nachtragsofferte eingereicht und von der Auftraggeberin genehmigt worden ist. Der Unternehmer erhält für die Nachträge und Änderungen eine schriftliche Auftragsbestätigung als Nachtrag zum Werkvertrag.

3.3.4 (A) zu Art. 87 Abs. 4 SIA 118/2013 Fehlen von Einheitspreisen - veränderte Ausführungsvoraussetzungen

Kommt aufgrund einer nicht akzeptablen Nachtragsofferte des Unternehmers kein Zusatzauftrag zustande, so kann die Auftraggeberin damit einen Dritten betrauen, ohne dass dadurch dem Unternehmer Schadenersatzansprüche erwachsen.

4 BAUAUSFÜHRUNG

4.1 Fristen

4.1.1 (A) zu Art. 96 Fristerstreckung – Abs. 1

Der letzte Satzteil: «es sei denn die Bauleitung habe die Verzögerung und deren Ursachen nachweisbar auch ohne Anzeige gekannt» wird gestrichen.

4.1.2 (E) Fristen und Termine

Der Unternehmer muss alle erforderlichen Massnahmen zur Einhaltung der vertraglich festgelegten Fristen ergreifen. Er kann nicht die Verzögerung eines seiner Subunternehmer und/oder Lieferanten entgegenhalten.

Bei Terminüberschreitung haftet der Unternehmer für den Schaden (inkl. Folgeschaden). Die allfälligen zusätzlichen Kosten, die aus der Ersetzung des Unternehmers aufgrund der Dringlichkeit, des Mangels an Konkurrenz, der Verzögerung des allgemeinen Programms der Arbeiten, Preiserhöhungen oder jeglichem anderen Grund entstehen, gehen zu Lasten des Unternehmers. Es wird eine Aufstellung der von ihm ausgeführten Arbeiten erstellt, welche als Grundlage für seine Bezahlung gilt.

4.3 Schutz- und Fürsorgemassnahmen

4.3.1 (E) Sorgfaltspflicht

Um die Funktionstüchtigkeit und Sicherheit der Infrastruktur sicher zu stellen, ist ein sorgsamer Umgang mit den bestehenden Anlagen und technischen Einrichtungen/Installationen zwingend. Wird die Sorgfaltspflicht verletzt oder werden Sicherheitsvorschriften nicht eingehalten, ist jeder Mitarbeiter der

Abteilung Bau/Technik und Sicherheit (TS) berechtigt, fehlbare Handwerker von der Baustelle zu verweisen.

4.3.2 (E) Sicherheitsbestimmungen

Der Unternehmer trägt die Verantwortung dafür, dass alle Sicherheits-, Gesundheits- und Umweltschutzvorschriften auf der Baustelle eingehalten werden.

Bauleiter / Sicherheitsbeauftragte (des Planungsteams und der Auftraggeberin) übernehmen nicht die Sicherheitsverantwortung für die beteiligten Unternehmer, bzw. der von diesen beauftragten Drittfirmen. Die ausführenden Unternehmer tragen die Verantwortung für den Schutz der Arbeitnehmenden und der Umgebung. Sie haben bei der Vorbereitung und Erfüllung ihrer Leistungen die gesetzlichen Vorschriften und die branchenüblichen Sicherheitsregeln stets einzuhalten und die spezifischen Sicherheitsmassnahmen zu treffen. Die Wirksamkeit der getroffenen Massnahmen muss von den ausführenden Unternehmern regelmässig überwacht werden.

4.3.3 (E) Arbeitszeiten / Lärmmanagement

Die aktuell gültigen gesetzlichen Bestimmungen zum Lärmschutz sowie die Baulärm-Verordnung sind zwingend einzuhalten und sind entsprechend in das Angebot einzurechnen. Sollten die geltenden Bestimmungen geändert, ergänzt oder verschärft werden, müssen die neuen Bestimmungen zwingend eingehalten werden und berechtigen den Unternehmer zu keinen Mehrforderungen jeglicher Art. Ausserhalb der offiziellen Arbeitszeiten, sowie an Samstagen, Sonn- und Feiertagen darf nur in besonderen Ausnahmefällen gearbeitet werden. Die Arbeiten müssen mindestens 3 Arbeitstage vorher beim zuständigen Projektleiter via Bauleiter und der Abteilung Sicherheit und Intervention LUKS mittels Formular beantragt werden.

4.3.4 (E) Zutrittsberechtigung / Schlüsselausleihe

Die Zutrittsberechtigung für externe Firmenangehörige und Handwerker erstreckt sich auf den auftragsgemässen Arbeitsort. Es ist nicht gestattet andere, insbesondere Nichtpublikumsbereiche zu betreten. Eine Schlüsselausleihe erfolgt nur in Absprache mit der Bauleitung.

4.3.5 (E) Betriebsunterbrechungen

Abstellen oder Unterbrechen von Anlagen, Einrichtungen oder Betriebsteile sind der Bauleitung rechtzeitig mitzuteilen, um dies mit der Bezugsperson der Abteilung Technik & Sicherheit (TS) zu besprechen. Es bedarf dafür einer eindeutigen Bestätigung durch die entsprechend autorisierten Mitarbeiter von TS. Die Bauleitung koordiniert die Betriebsunterbrechungen und informiert die betroffenen Abteilungen und Kliniken.

4.3.6 (E) Fluchtwege / Baustellenabgrenzung

Baustellen und Arbeitsbereiche sind wenn immer möglich von betrieblichen Bereichen zu trennen. Die Behinderung des Spitalbetriebes und die Störung der Patienten müssen auf ein Minimum reduziert werden. Verkehrswege für Patienten und Personal, welche an Baustellen vorbeiführen, sind sicher zu gestalten (keine Stolperfallen oder herausragende Teile). Türen, Durchgänge, Notausgänge, Verkehrs-, Flucht- und Rettungswege, Feuerlöscher und Hydranten, Handtaster etc., sind stets freizuhalten.

4.3.7 (E) Elektro

Zugänge zu Elektroräumen erfolgen nur nach Bewilligung und erfordern eine Schulung. Anmeldungen und Autorisierungen für Schulungen haben beim Projektleiter Elektro- und Gebäudetechnik schriftlich zu erfolgen. Jegliche Schaltungen von elektrischen Schutzgeräten im Bestand (Sicherung, Hauptschalter, usw.) erfolgen in Absprache mit LUKS Technik und Sicherheit (TS) Elektroinstandhaltung.

4.3.8 (E) Brandmeldeanlagen / Brandschutz

Arbeiten, welche Staub, Rauch, Funkenwurf oder Geruchsemissionen bei Schweiß- resp. Lösungsmittelarbeiten verursachen können, sind 24 Stunden vor Beginn der Bauleitung zu melden. Der Unternehmer hat entsprechende Löschgeräte und andere notwendige Technik und qualifiziertes Personal an seinem Arbeitsplatz bereit zu halten. Das Ausschalten von Brandmelder-Gruppen erfolgt nicht automatisch und muss täglich **vor Arbeitsbeginn** telefonisch beim Sicherheitsdienst von der Abteilung Technik und Sicherheit veranlasst werden. Die Beendigung der kritischen Arbeiten ist unverzüglich zu melden. Arbeiten mit offenem Feuer oder solche, die Gase, Dämpfe, Staub oder dergleichen entwickeln, dürfen nur bis 16.30 Uhr ausgeführt werden. Tätigkeiten, welche ein Risiko von späterem

Entflammen durch Nachglimmen, Schwellen oder dgl. bergen, sind vor deren Inangriffnahme anzumelden und spätestens bis 14.00 Uhr fertigzustellen. Linienunterbrüche in Folge Arbeiten an der Brandmeldeanlage dürfen bis max. 16.30 Uhr und nur bei Anwesenheit der Firma Siemens Fire Safety erfolgen. Verspätungen müssen umgehend telefonisch gemeldet werden. **Die Kosten für das Auslösen eines Fehlalarmes werden dem Verursacher vollumfänglich in Rechnung gestellt.**

4.3.9 (E) Brandabschottungen

Das Entfernen, Auf- oder Durchbrechen von Brandabschottungen muss unverzüglich der Bauleitung/Auftraggeberin gemeldet werden. Dieser ist verpflichtet die genauen Angaben gemäss den Weisungen der Abteilung Raum & baul. Instandhaltung TS der Projektleitung weiterzuleiten. Bei neuen Durchbrüchen, welche eine Brandzelle oder einen Brandabschnitt übergreifen, ist genau gleich vorzugehen.

4.3.10 (E) Staub / Abgas

Emission verursachende Arbeiten müssen rechtzeitig vor Inangriffnahme der Bauleitung gemeldet werden. Diese informiert ihrerseits die betroffenen Abteilungen und Kliniken. Abbrucharbeiten sowie das Betreiben von Maschinen in der Nähe von Frischluftfassungen bedürfen besonderer Vorsicht. Die Platzierung solcher Anlagen darf nur in Absprache mit der Abteilung Technik und Sicherheit (TS) erfolgen. Auf Baupisten und bei Materiallagern ist die Staubbildung mit geeigneten Massnahmen zu verhindern. Alle Baumaschinen mit mehr als 18kW Leistung verfügen über ein Abgaswartungsdokument, sowie einen Partikelfilter mit Prüfdokument. Zementwasser, Benzin, Öl, etc. dürfen weder der Kanalisation noch einem öffentlichen Gewässer zugeleitet werden. Die hohen Hygieneanforderungen im LUKS verlangen von allen Unternehmern ein, den gegebenen Umständen entsprechendes, sauberes Arbeiten. Verunreinigungen müssen vom Verursacher sofort beseitigt werden.

4.3.11 (E) Bauabfälle

Die gesamte Abfallbeseitigung auf der Baustelle sowie deren Entsorgung ist ausschliesslich Sache der beteiligten Unternehmer. Die daraus erwachsenden Kosten sind in die Kalkulation und in die Einheitspreise einzurechnen. Die Auftraggeberin stellt keine Schutmulden oder Grosscontainer zur Verfügung. Standplätze für eigene Mulden müssen mit der Bauleitung und der Gesamtprojektleitung LUKS vorgängig geklärt werden. Abfälle aus Bau- und Abbrucharbeiten dürfen gemäss der technischen Verordnung über Abfälle (TVA) nicht mit Sonderabfällen vermischt werden und sind getrennt zu entsorgen. Sie sind auf der Baustelle wie folgt zu trennen:

Unverschmutztes Aushub- und Abräummaterial:

Metalle, Ziegel- und Backsteine, Betonabbruch, Strassenaufbruch, Ausbausplatt

Holz, Papier, Karton usw.:

Sämtliche Abfälle sind durch den Unternehmer täglich selbst zu entsorgen, resp. abzuführen. Das Verbrennen von Abfällen jeglicher Art oder das Beseitigen auf nicht bewilligten Plätzen ist strikte verboten.

4.3.12 (E) Wertstoffentsorgung

Wertstoffe aus dem Bestand (bestehende Bauten) sind Eigentum der Auftraggeberin. Erfolgt die Entsorgung durch den Unternehmer, ist die Vergütung per Gutschrift der Auftraggeberin auszuweisen. Die Entsorgung ist mittels Lieferschein nachzuweisen.

4.4 Die Bauausführung im Einzelnen

4.4.1 (A) zu Art. 117 Abs. 1 SIA 118/2013 - Herrichten der Zufahrt

Die Kosten des ordentlichen Unterhalts der zur Verfügung gestellten Zufahrtswege gehen zu Lasten der Pfählungs-, Aushub-, Baumeister- und Stahlbau-Unternehmung, anteilig nach Massgabe der Werkvertragssumme.

4.4.2 (E) zu Art. 138 SIA 118/2013 - Muster

Der Unternehmer hat Muster bis zu 1% der Auftragssumme kostenlos zu erstellen. Es sind sämtliche Materialien, Bauteile etc. oder Farbtöne vor der Bearbeitung zu bemustern und von der Auftraggeberin schriftlich bewilligen zu lassen.

4.4.3 (E) Signalisation Baustelle / Verkehrsordnung

Die Zufahrten zu Areal und Gebäuden sind mit dem offiziellen Signalisationskonzept ausreichend beschildert. Es dürfen keine Firmenwegweiser und Reklamen auf den Strassen angebracht werden. Hindernisse auf den Fahrbahnen sind mit offiziellen Signalen und Markierungen zu kennzeichnen und vorschriftsgemäss zu beleuchten. Das Befahren des Areals mit schweren Lasten ist nur gemäss Nutzlastenübersicht gestattet. Für grössere Lasten muss bei der Bauleitung eine Bewilligung eingeholt werden. Die Zufahrten zum Spitalareal sind mit Schranken versehen. Firmen, die für das LUKS Arbeiten ausführen, sind berechtigt, das Spitalareal zu befahren. Durch Ziehen eines Tickets bei der Einfahrt öffnet sich die Schranke (System Parkhaus). Für Lastwagen besteht eine Fahrzeugerkennung, welche bei der Zu- und Wegfahrt automatisch die Schranke öffnet. Der Chauffeur muss kein Ticket ziehen.

4.4.4 (E) Parkgebühren / Parkordnung

Das Parkieren im Parkhaus und auf dem Areal ist gebührenpflichtig. Für das Ein- und Ausladen von Personen und Waren besteht eine Karenzfrist von 15 Minuten. Innerhalb dieser Zeit kann gratis ausgefahren werden. Bei längerer Parkdauer fällt die ordentliche Parkgebühr an und das Ticket muss an einer Parking-Kasse entwertet werden. Die Parkgebühren sind in sämtlichen Offerten und Aufträgen einzurechnen.

Die Parkordnung wird kontrolliert. Neutrale Firmenfahrzeuge sind zu beschriften oder durch gut sichtbares Auflegen eines Firmenlogos (mind. A5) zu kennzeichnen. Auf dem Areal wird pro Firma maximal 1 Fahrzeug mit aufgelegten oder angeschriebenen Firmenlogo toleriert. Die Fahrzeuglenker haben sich strikte an die Signalisationen und Markierungen im Spitalareal zu halten. Fahrzeuge für zusätzlichen Warenumschlag müssen danach sofort das Areal verlassen. Bei Arbeiten im Spitalzentrum darf nicht vor dem Haupteingang parkiert werden.

4.4.5 (E) Transporte / Beihilfearbeiten

Der Unternehmer hat anhand der Pläne und der örtlichen Gegebenheiten auf der Baustelle, insbesondere im Gebäude, die Transportmöglichkeiten zu überprüfen. Die Grösse der zu liefernden Einzelteile ist den Transportwegen anzupassen. Es stehen keine Lagerplätze zur Verfügung (Anlieferung entsprechend Baufortschritt in Etappen). Baumaterialien und Bauteile müssen direkt zum Verwendungsort gebracht und verarbeitet werden. Durchfahrtsstrassen müssen, auch während dem Ab- und, jederzeit frei bleiben. Sämtliche Transport- und Krankkosten, inkl. Beihilfen fallen zu Lasten des Unternehmers und sind Bestandteil der Offerte / des Werkvertrages. Benötigt der Unternehmer für den Ab- und Umschlag den Baustellenkran sind die entsprechenden Termine und Benützungzeiten mit dem Polier der Bauunternehmung frühzeitig zu vereinbaren. Über den Termin der Krandemontagen hat sich der Unternehmer frühzeitig bei der Bauleitung zu erkundigen. Die Verrechnung von Kranzügen erfolgt durch den Unternehmer direkt mit der Bauunternehmung. Für Ab- und, Baustellentransporte und Beihilfearbeiten werden keine Hilfskräfte zur Verfügung gestellt.

4.4.6 (E) Bauprovisorien Elektro/Haustechnik

Provisorien für die Baustelle sind nur in Absprache mit der Bauleitung und dem jeweiligen Projektleiter LUKS zulässig. Für Bezüge von Medien können von Seiten Auftraggeberin Baukosten abgezogen werden.

4.4.7 (E) Sauberkeit / Ordnung auf der Baustelle

Der Arbeitsort ist immer sauber und aufgeräumt zu verlassen. Es dürfen keine Werkzeuge und Arbeitsmaterialien offen liegen gelassen werden. Dasselbe gilt für Unrat resp. Bauabfälle, die zurück genommen werden. Wenn die Baustelle nicht sauber ist, veranlasst die Bauleitung eine ausserordentliche Reinigung. Die Kosten dieser Reinigung werden allen zum Zeitpunkt der Reinigung auf der Baustelle beschäftigten Unternehmern gleichmässig belastet. Für fehlendes Material, Werkzeuge etc. übernehmen die Bauleitung und der Bauherr keine Haftung.

4.4.8 (E) Mobiltelefon

Um jegliches Risiko von Störungen an medizinischen Apparaturen zu vermeiden, ist der Gebrauch von Funktelefonen (Handy usw.) in den gekennzeichneten Bereichen verboten. Für arbeitsbezogene Telefonate sind diese Bereiche zu verlassen oder die Telefonanlage des Spitals zu nutzen.

4.4.9 (E) Baureklame

Falls die Auftraggeberin eine Kollektiv-Firmentafel erstellt, werden pro Unternehmer CHF 200.- in Abzug gebracht. Einzelne Firmentafeln auf der Baustelle sind nicht gestattet und werden auf dessen Kosten demontiert.

4.4.10 (E) Rauchverbot, Alkohol und Drogen

Auf dem Spitalgelände gilt ein striktes Rauchverbot. Das Rauchen ist in den Pausen, auf den für die Unternehmer markierten Stellen gestattet. Auf dem Baugelände selber herrscht nach Abschluss der Rohbauarbeiten (Gebäude dicht, Fenster montiert) im Gebäudeinnern ein generelles Rauchverbot. Der Unternehmer ist angewiesen seine Monteure und Subunternehmer entsprechen zu informieren. Bei Zuwiderhandlung werden dem betreffenden Unternehmer pro Vorfall CHF 200.00 von der Schlussabrechnung abgezogen. Auf dem gesamten Gelände ist der Genuss von Alkohol und Drogen während der Arbeitszeit strengstens untersagt. Eine Nichtbefolgung dieser Weisung wird mit einem sofortigen Hausverbot geahndet.

5 AUSMASS UND ZAHLUNGSMODALITÄT

5.1.1 (A) zu Art. 142 Abs. 3 SIA 118/2013 - Massurkunde Wird wie folgt abgeändert: Die Bauleitung hat jederzeit das Recht, vom Unternehmer die Ermittlung des Ausmasses zu verlangen. Die Bauleitung informiert den Unternehmer rechtzeitig. Hält der Unternehmer den für die gemeinsame Aufnahme des Ausmasses vereinbarten oder den von der Bauleitung rechtzeitig anberaumten Termin nicht ein, so hat der Unternehmer das Aufnahmeergebnis der Bauleitung als endgültig anzuerkennen.

5.1.2 (E) zu Art. 144 Abs. 2 + 3 SIA 118/2013 - Abschlagszahlungen - Grundsatz

Die Anforderungen an die Zahlungsbegehren gelten bei vereinbarten Teilzahlungen (z.B. nach Zahlungsplan) analog. Diesen Anforderungen nicht genügende Rechnungen werden an den Unternehmer zur Korrektur und allenfalls Ergänzung der Dokumentation zurückgewiesen. Alle Rechnungen, die nicht korrekt zugeordnet werden können (inkl. Projekt-/Vertragsbezeichnung), müssen zur Korrektur und Neudatierung an den Rechnungssteller zurückgewiesen werden.

5.3 Sicherheitsleistungen des Unternehmers bis zur Abnahme

5.3.1 (E) Sicherheitsleistungen - Grundsatz

Vom Unternehmer kann der unwiderrufliche Nachweis einer Grossbank, Kantonalkasse oder Versicherungsgesellschaft für die Leistung der Erfüllungs- und Anzahlungsgarantie (abstrakte Garantie im Sinne von Art. 111 OR) verlangt werden. Diese unwiderrufliche Garantie hat unabhängig vom Werkvertrag zu bestehen und muss von der Auftraggeberin auf erstes Verlangen ohne jede Einrede Möglichkeit geltend gemacht werden können.

5.3.2 (E) Erfüllungsgarantie:

Der Vertragspartner hat auf Verlangen und nach Spezifikation der Auftraggeberin bei Vertragsabschluss eine Erfüllungsgarantie zu erbringen.

Zur Sicherung der vertraglichen Erfüllungs- und Rückerstattungspflichten hat der Unternehmer auf Verlangen bei Werkvertragsunterzeichnung eine Erfüllungsgarantie von mindestens 10% der Auftragssumme bei einer Auftragssumme ab CHF 200'000.- und mindestens 5% der Auftragssumme bei einer Auftragssumme ab 300'000.- (mindestens aber 30'000.-) und einer Laufzeit bis Arbeitsende + 5 Monate zu übergeben.

5.3.3 Anzahlungsgarantie:

(A) zu Art. 149 Abs. 3 SIA 118/2013 - Sicherheitsleistung des Unternehmers bis zur Abnahme, Rückbehalt

Zur Sicherstellung von Teilzahlungen (Vorauszahlungen) ohne Gegenleistung am Bau, ist dem jeweiligen Teilzahlungsgesuch eine Bank- oder Versicherungsgarantie über die Summe von 100% der Anzahlung beizulegen. Solche Vorauszahlungen werden ausdrücklich zur Reservation von Materialien ausgerichtet, für welche dann auch jeglicher spätere Teuerungsanspruch entfällt. Es ist der Garantieschein des LUKS zu verwenden.

5.3.4 Rückbehalt:

(E) zu Art. 152 Abs. 1 SIA 118/2013 - Fälligkeit des Rückbehaltes und Zinspflicht

Der rückbehaltene Betrag wird zur Zahlung fällig, wenn zusätzlich zu den Voraussetzungen gemäss SIA 118 auch die folgenden Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind:

- Sämtliche Mängel (wesentliche und unwesentliche) gemäss Abnahmeprotokoll sind behoben
- Der Auftraggeberin liegen sämtliche Unterlagen der Baudokumentation gemäss Leistungsverzeichnis vor

5.4 Schlussabrechnungen

5.4.1 (A) zu Art. 154 Abs. 1 SIA 118/2013 - Einreichung und Prüfung

Die Schlussabrechnung ist spätestens 4 Wochen nach Ablieferung oder Vollendung der Arbeiten in 2 Exemplaren der Bauleitung einzureichen.

5.4.2 (E) zu Art. 154 Abs. 3 SIA 118/2013 - Einreichung und Prüfung

Vorbehalten bleibt eine allfällige revisionsmässige Überprüfung der Bauabrechnung durch die zuständigen Verwaltungsorgane. Die Rechnungsprüfung durch die Bauleitung stellt keine Schuldanerkennung für die Auftraggeberin dar.

5.4.3 (A) zu Art. 155 Abs. 1 SIA 118/2013 - Fälligkeit der Abrechnungsforderung, Zahlungsfristen

Die Schlusszahlung wird innert 60 Tagen nach Ablauf der Prüffrist (Prüffrist 30 Tage - gemäss SIA 118 Art. 154 Abs. 2) fällig. Die Schlusszahlung wird mit der beidseitigen schriftlichen Anerkennung fällig, nach Erhalt des Garantiescheines und der Revisionsunterlagen (Abgabetermin 30 Tage nach Abnahme). Der vereinbarte Rabatt und Skonto bleibt dabei gültig.

6 ABNAHME DES WERKES UND HAFTUNG FÜR MÄNGEL

6.1 Abnahme des Werkes

6.1.1 (E) Grundsatz

Gegenstand der Abnahme bildet das vollendete Werk. Der Unternehmer besitzt keinen Anspruch auf Abnahmen von Werkteilen. Die Werkabnahmen erfolgen für alle Arbeiten (aller Arbeitsgattungen) am gleichen Datum. Das Datum wird durch die Auftraggeberin bestimmt und den Unternehmern frühzeitig bekannt gegeben.

6.1.2 (A) zu Art. 157 SIA 118/2013 - Abnahme, Gegenstand und Wirkung

In sich geschlossene vollendete Werkteile können nur separat vom vollendeten Werk abgenommen werden, falls dies im Werkvertrag schriftlich vereinbart wurde oder falls die Auftraggeberin hierzu ihre ausdrückliche Zustimmung gibt. Die Abnahme von Werkteilen gilt als Vorabnahme und hat einzig zur Folge, dass der Werkteil in die Obhut der Auftraggeberin übergeht und dass diese für diesen Werkteil fortan die Gefahr trägt. Eine gemeinsame Prüfung im Sinne von Art. 158 Abs. 2 SIA-Norm 118 findet bei der Vorabnahme nicht statt. Die Genehmigungswirkung gemäss Art. 163 ist bei der Vorabnahme ausgeschlossen. Die Vorabnahme von Werkteilen führt nicht dazu, dass die Rüge- und die Verjährungsfrist zu laufen beginnen. Sowohl die Rüge- als auch die Verjährungsfrist für Mängelrechte der Auftraggeberin beginnen erst mit der Abnahme des gesamten Werks zu laufen.

6.1.3 (A) zu Art. 158 Abs. 1 SIA 118/2013 - Anzeige der Vollendung, gemeinsame Prüfung

Der Unternehmer leitet die Abnahme nicht ein, wenn er der Bauleitung bloss die Vollendung eines in sich geschlossenen Werkteils anzeigt. Der Unternehmer hat die Vollendung des ganzen Werkes auch dann der Bauleitung anzuzeigen, wenn die Auftraggeberin dieses (z.B. zum Weiterbau) in Gebrauch nimmt.

6.1.4 (E) zu Art. 158 Abs. 2 SIA 118/2013 Anzeige der Vollendung, gemeinsame Prüfung

Auf die Anzeige hin wird das vollendete Werk von der Bauleitung gemeinsam mit dem Unternehmer geprüft. Das Datum wird durch die Auftraggeberin festgelegt und dem Unternehmer frühzeitig bekannt gegeben.

6.1.5 (E) zu Art. 158 Abs. 3 SIA 118/2013 Anzeige der Vollendung, gemeinsame Prüfung

Über das Ergebnis ist auch dann ein Protokoll zu erstellen, wenn keine Mängel festgestellt worden sind.

6.1.6 (A) zu Art. 161 Abs. 3 SIA 118/2013 - Zurückstellen bei wesentlichen Mängeln

Die beanstandeten Bauteile werden innert drei Monaten nach der Anzeige des Unternehmers nochmals gemeinsam geprüft. Die Auftraggeberin legt den Termin der gemeinsamen Prüfung fest.

6.1.7 (A) zu Art. 163 Abs. 1 (Satz 1) SIA 118/2013 - Abnahme bei Verzicht auf die Gelendmachung von Mängeln

Wird wie folgt abgeändert: Hat die Bauleitung bei der gemeinsamen Prüfung (Art. 158 Abs. 2) einen Mangel zwar erkannt, auf dessen Geltendmachung aber ausdrücklich verzichtet, so gilt das Werk für den Mangel, soweit er erkannt wurde, als genehmigt.

6.1.8 (E) zu Art. 163 Abs. 2 SIA 118/2013 - Abnahme bei Verzicht auf die Gelendmachung von Mängeln

Wird nicht übernommen

6.1.9 (A) zu Art. 164 Abs. 1 SIA 118/2013 - Abnahme ohne Prüfung

Setzt die Auftraggeberin nach Anzeige der Vollendung des Werkes durch den Unternehmer innerhalb von drei Monaten keinen Termin für die gemeinsame Prüfung fest, so gilt das Werk mit Ablauf dieser Frist dennoch als abgenommen. Unterbleibt nach Anzeige der Vollendung des Werkes die gemeinsame Prüfung innert sechs Monaten deshalb, weil vonseiten der Auftraggeberin die Mitwirkung unterlassen wird, so gilt das Werk mit Ablauf dieser Frist dennoch als abgenommen.

6.1.10 (A) zu Art. 164 Abs. 3 SIA 118/2013 - Abnahme ohne Prüfung

Unterbleibt nach Anzeige der Verbesserung (Art. 161 Abs. 3) die nochmalige Prüfung des Werkes innert drei Monaten, so gelten Abs. 1 und 2 sinngemäss.

6.6 Sicherheitsleistungen des Unternehmers nach der Abnahme

6.6.1 (A) zu Art. 181 Abs. 2 SIA 118/2013 – Solidarbürgschaft

Die Garantie in Form einer Solidarbürgschaft gemäss Art. 496 OR einer namhaften CH-Bank oder Versicherungsgesellschaft ist für Aufträge ab CHF 100'000.- zu leisten; die Laufzeit beginnt ab Werkabnahme und muss 5 Jahre betragen. Es ist der Garantieschein des LUKS zu verwenden.

7 VORZEITIGE BEENDIGUNG DES WERKVERTRAGES UND ZAHLUNGSVERZUG AUFTRAGGEBERIN

7.1.1 (E) zu Art. 186 SIA 118/2013 - Besondere Umstände seitens Unternehmer

Im Konkursfall oder im Falle der Einreichung eines Gesuches um Nachlassstundung, ist die Auftraggeberin ohne weiteres berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten.

7.1.2 (A) zu Art. 190 SIA 118/2013 - Zahlungsfristen

Die Zahlungsfrist beträgt generell 60 Tage, sofern nicht in der Vertragsurkunde eine andere Zahlungsfrist vereinbart ist (Art. 21 Abs. 3).

Der Unternehmer akzeptiert die Bedingungen

Der Unternehmer

.....
(Stempel, Unterschrift, Datum)